



Niederschrift

16-004. Sitzung des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur

am Donnerstag, 23.11.2006, 17:05 Uhr bis 19:25 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes (Neubau) in
Heppenheim, Graben 15

Tagesordnung

- Punkt 1 Information zum Thema "Grüne Wasserstoffwirtschaft - Kann der Kreis Bergstraße Pilotregion für eine derartige Energieversorgung werden?" (Ziffer 2 des Kreistagsbeschlusses vom 10. Juli 2006 zum Thema "Förderung erneuerbarer Energien")
- Punkt 2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. November 2006, die Konzeptstudie zur Überwaldbahn betreffend
Vorlage: 16-0363
- Punkt 3 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen
- Punkt 3.1 Geplante Erdgasfernleitung SEL der Wingas GmbH und der E.ON Ruhrgas AG (Abschnitt Lampertheim-Viernheim - ca. 9 km Länge), Planfeststellungsverfahren, Anhörung für die geplante Änderung der Trasse im Bereich A6 Viernheim
Vorlage: 16-0272

Anwesende:

Ausschussvorsitzender:

Dr. Greif, Martin FWG in Vertretung für Alfons Haag

Ausschussmitglieder:

Iwen, Jürgen	CDU	in Vertretung für Barbara Schaab
Jöst, Günther	CDU	in Vertretung für Alfons Haag
Reinhardt, Randoald	CDU	
Wagner, Andreas	CDU	
Woitge, Peter C.	CDU	
Bauer, Norbert	SPD	
Dr. Cornelius-Gaus, Hildegard.	SPD	
Schäfer, Alice	SPD	
Siegl, Franz	SPD	
Figaj, Thilo	GRÜNE	
Dr. Schepp, Rolf	FDP	

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Bitsch, Peter REP

Fraktionsvorsitzende:

Dr. Vonderheid, Ulrich CDU zeitweise zu TOP 1

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias CDU Landrat
Buser, Volker CDU Kreisbeigeordneter

Gäste:

Herr Karl-Heinz Tetzlaff Kelkheim
Frau Doris Wittneben MVV Energie AG Mannheim
Herr Dr. Ralph Franke Stadtwerke Viernheim
Herr Dr. Peter Müller GGEW Bergstraße AG Bensheim
Herr Cornelius Ohland NaturPur Energie AG Darmstadt
Herr Bernd Müller SEBZ Bergstraße Heppenheim

Verwaltung:

Döringer, Volker Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft, zu TOP 1
Schmitt, Adam Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft, zu TOP 1
Rößler, Reiner Regionalpolitik und Raumordnung

Schriftführer:

Fasser, Helmut Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Dr. Greif eröffnete um 17:05 Uhr die 16-004. Sitzung des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur, begrüßte die Erschienenen, und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung (einschließlich der schriftlichen Erweiterung um Punkt 2) wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1:

Information zum Thema "Grüne Wasserstoffwirtschaft - Kann der Kreis Bergstraße Pilotregion für eine derartige Energieversorgung werden?" (Ziffer 2 des Kreistagsbeschlusses vom 10. Juli 2006 zum Thema "Förderung erneuerbarer Energien")

Anhand einer Power-Point-Präsentation stellte Diplom-Ingenieur Karl-Heinz Tetzlaff eine von ihm entwickelte Konzeption für eine auf Bio-Wasserstoff basierende Energiewirtschaft vor.

Die Präsentation ist **dem Protokoll als Anlage** beigefügt. Ebenfalls eine in Sitzung verteilte Kurzzusammenfassung zum Thema.

Der Vorsitzende dankte Herrn Tetzlaff für die Präsentation und stellte alsdann zur Eröffnung der Diskussion die Frage nach bereits vorhandenen Pilotanlagen im vorgetragenen Sinne.

Frau Wittneben, MVV Energie AG Mannheim, begrüßte das Vorhaben des Kreises, sich gegebenenfalls als Pilotkreis engagieren zu wollen. Von einer Pilotanlage der vorgetragenen Technologie war ihr nichts bekannt. Der Vortrag klinge etwas sehr euphorisch, weshalb es einige Vorbehalte gebe. Sie riet zu sorgfältigen Prüfungen im Zusammenhang mit weiteren Überlegungen.

Herr Dr. Müller, GGEW Bergstraße AG Bensheim, verwies seinerseits auf Pilotanlagen für Brennstoffzellen (noch im Forschungsstadium, etwa an Schulen im Kreis Groß-Gerau oder der Firmen Sulzer und Grimme), um deren Wirtschaftlichkeit zu erforschen. Die Fachwelt sei sich darin einig, dass noch einiges an Forschungsarbeit (mindestens zehn Jahre) zu leisten sei. Daneben nannte er Pilot- und Anwendungsanlagen für Biomasse, Solarverstromung und Windenergie, die allesamt jedoch noch subventioniert würden.

Herr Dr. Franke, Stadtwerke Viernheim GmbH, zeigte sich überzeugt, dass in der einen oder anderen Weise "an der Zukunft gekratzt werde" und man es mit einem "interessanten Thema" zu tun habe. Brennstoffzellen funktionierten zwar schon, allerdings gebe es noch keine Langzeiterfahrungswerte in Bezug auf Betriebsdauer und Haltbarkeit. Wasserstoff aus Biomasse stelle eine interessante Alternative dar. Die klassische solare Wasserstoffwirtschaft und -forschung dagegen sei vielen bekannt. Als Energieversorgungsunternehmen könne man guten Gewissens noch keine Umstellung der Energieversorgung auf Wasserstoff vorschlagen. Niemand könne zur Wasserstofftechnologie im eigenen Haus gezwungen werden. Es bedürfe dazu vielmehr Überzeugungsarbeit, wobei insbesondere die Aspekte Haftpflicht, Versorgungssicherheit und Nutzungsmöglichkeiten vorhandener Infrastruktur (z. B. Leitungsnetze) zu bedenken seien. Vielleicht könnte sich eine kleinere Kommune als "Leuchtturmprojekt" engagieren.

Herr Ohland, NaturPur Energie AG Darmstadt, verwies auf Pilotprojekte der HSE zur Brennstoffzelle, die Unterstützung von Energieeinspeisungen sowie die Förderung von Biogasanlagen in der Landwirtschaft. Grundsätzlich liege man konzeptionell mit auf der Linie der Hessischen Landesregierung und deren Bestrebungen hinsichtlich der Biomassenutzung. Sowohl lang-, als auch kurz- und mittelfristig müsse ein wirtschaftlicher Betrieb möglich werden, da ansonsten kaum Interesse an neuen und alternativen Energien denkbar wäre.

In der anschließenden Diskussion

- verwies Abgeordneter Figaj auf den Antrag seiner Fraktion als Ausgangslage für die heutige Auseinandersetzung des Ausschusses mit dem Thema erneuerbare Energien, der durch den Änderungsantrag der Koalition den Schwerpunkt der heutigen Thematik der Grünen Wasserstoffwirtschaft erhalten habe. Man verschließe sich nicht einer grünen Wasserstoffwirtschaft. Allerdings werde leider nicht über andere regenerative Energien geredet. Manche Ansätze der vorgestellten Konzeption erschienen, auch nach Studium der entsprechenden Internetpräsentationen zu diesem Ansatz, messianisch. So würde zum Beispiel die gesamte Fläche Deutschlands zur Substratgewinnung für eine dezentrale biologische Wasserstoffgewinnung benötigt. Die jahrzehntelange Forschung in Sachen Brennstoffzellen weise zwar gute thermische Ergebnisse auf, erfülle aber noch nicht die erhofften Haltbarkeitswerte, wie etwa die Versuche bei Michelin zeigten.
(Herr Tetzlaff verwies hierzu auf die mögliche zweimalige Nutzung landwirtschaftlicher Flächen pro Jahr für die Biomasseerzeugung – andere Pflanzen, Massenerträge. Brennstoffzellen in Geräten usw. liefern seit Jahren ohne größere Probleme.)

- stellte Abgeordnete Dr. Cornelius-Gaus vor dem Hintergrund ähnlich gelagerter Diskussionen in Verbindung mit Atomkraft Fragen nach Sicherheitsstandards, da es sich auch bei Wasserstoff um einen nicht einfachen und ungefährlichen Stoff handle (u. a. Knallgasreaktionen).
(Keine Energie sei vollkommen sicher, führte Herr Tetzlaff an. Wasserstoff im Erdgasnetz sei aber so sicher wie Erdgas, diffundiere nicht und könne im Freien nicht explodieren).
- beschäftigte Abgeordneten Siegl der Frage, warum, wenn sich die Wasserstoffwirtschaft heute schon rechnen würde, nicht Großunternehmen, wie etwas die BASF oder Procter & Gamble, die sonst Pilotprojekte gerne schnell selbst aufgriffen, sich bereits dieser Energie bedienten, sondern ihren Strom immer noch aus Frankreich oder ihr Gas aus Russland bezögen.
(Herr Tetzlaff bot an, im direkten Gespräch weitere Informationen hierzu zu geben).
- sprach Abgeordneter Woitge die Auswirkungen für die Umwelt durch Kohlendioxidemissionen an.
(Herr Tetzlaff verwies auf die Klimaneutralität von Wasserstoff als gespeicherte Sonnenenergie. Das freiwerdende CO₂ könnte in Untergrundspeichern gelagert werden.)
- nannte Abgeordneter Jöst die Wirtschaftlichkeit als den für die Landwirtschaft als Biomasseerzeuger wesentlichen und zu beachtenden Aspekt.
- führte Abgeordneter Reinhardt zum Energiekreislauf an, das auch zur Biomasseerzeugung Energie, und zwar in Form von Düngemittel (aus Erdöl) erforderlich werde. Ferner stellte er konkret Fragen nach dem Flächenbedarf z. B. zur Versorgung der Stadt Viernheim mit etwa 40 000 Einwohnern oder der gesamten Region Rhein-Neckar mit rund 1,5 Mio. Einwohnern und damit zusammenhängend Fragen in Bezug auf Versorgungssicherheit, Erzeugerhaftpflicht, Risiken usw.
(Extradüngung hielt Herr Tetzlaff nicht oder nur kaum für erforderlich, da es durch Wiederverwertung von Schlackstoffen zu einem Kreislauf auf den Feldern komme. Für Viernheim wäre mit einer 50-MW-Anlage (Mindestgröße aus industrieller Sicht) und einer landwirtschaftlichen Belieferung aus einem 3-Km-Radius zu rechnen.
Herr Dr. Franke sprach dazu die Problematik an, dass zwar 50 MW als Grundleistung ausreichen, Spitzen aber bei 100 MW lägen, zwei 50-MW-Anlagen für Viernheim aber total überdimensioniert wären.)

Zu der weiter im Ausschuss zu besprechenden Frage, ob der Kreis Bergstraße Pilotregion für eine Grüne Wasserstoffwirtschaft werden könne oder solle

- sah Herr Dr. Franke für den Kreis Bergstraße weder ein wirtschaftliches noch ein Abnahmepotential, sondern eher einen Ansatz für eine Pilotanlage bei der Industrie mit einfacheren Entscheidungsstrukturen und ohne den aufgezeigten konzeptionellen Ansatz einer unbestimmten Anzahl von Einzelabnehmern (Akzeptanz). In den nächsten 50 Jahren müsse aber angesichts der zu Ende gehenden fossilen Ressourcen konsequent nach Lösungen gesucht werden.
- sah Abgeordneter Siegl den notwendigen Druck, die Forschungsanstrengungen für eine wirtschaftliche und technisch sichere Nutzung regenerativer Energien bis zur Serienreife zu forcieren, heute noch nicht gegeben.

Für eine Beschlussvorlage an die Kreisgremien bedürfe es noch

- der Ermittlung der Kosten der Trasseninstandsetzung (dafür müsse jedoch die Trasse vom Bewuchs freigelegt werden, wofür ein Geldgeber gefunden werden solle);
- der Eruiierung von EU-Fördermitteln in Abhängigkeit der Nutzungsmöglichkeit (hiermit sei die Verwaltung beauftragt)
- Überlegungen um mögliche Verbindungen zur Hessenagentur und Kofinanzierung
- der Erstellung eines Kurzgutachtens (verwaltungsintern durch zwei BA-Studenten) im Hinblick auf einen künftigen Betrieb einer vom Gutachter favorisierten Draisinennutzung (praktisch komme aber wohl nur ein privater Betreiber in Betracht)
- der Einbeziehung möglicher Einnahmen aus dem wirtschaftlichen Betrieb in die anzustellenden Kalkulationen
- der Klärung der Auswirkungen für die Region

Wenn alle erforderlichen Unterlagen vorlägen, sollten zunächst Kreisausschuss und die Gemeindevorstände informiert werden. Sobald danach Entscheidungsreife gegeben sei, werde den Beschlussgremien eine Vorlage unterbreitet. Bis dahin werde er den Ausschuss über den Fortgang informieren.

In der anschließenden Aussprache

- sprach Abgeordneter Reinhardt die Strecke an sich und die seines Erachtens vor Fortführung aller Überlegungen notwendigen Klärung der Überwindung der darin enthaltenen Steigungen im Rahmen eines Draisinenbetriebes an. Der Landrat bezeichnete die vorhandenen Steigungen als moderat. Die damit zusammenhängenden technischen Fragen schienen geklärt, ansonsten würde man das ehrgeizige Projekt nicht weiter verfolgen. Abgeordneter Reinhardt legte seinerseits Wert auf parallele Information und Befassung des Ausschusses und der beteiligten Kommunen.
- äußerte Abgeordneter Jöst angesichts des von der Bahn verursachten Status quo Bedenken hinsichtlich der Realisierungsmöglichkeiten (Herrichtung und Erhaltung der Tunnel und Viadukte, Zustand von Weichen, Sicherung von Straßenübergängen) und der dafür erforderlichen Kosten.
- regte Abgeordneter Figaj eine Art Runden Tisch an, um alle engagierten Gruppierungen zusammenzuholen (dem schloss sich Abgeordneter Siegl an). Im Hinblick auf die Regionalplanung stellte er fest, dass die Strecke im Regionalplan Südhessen noch enthalten sei und die GRÜNE-Fraktion den Antrag gestellt habe, sie auch im neuen Regionalplan zu sichern. Ohne Nutzung bleibe sie jedoch in Gefahr, weiter zu verfallen.
- stellte Abgeordneter Dr. Schepp die Frage, welche infrastrukturelle Bedeutung die Strecke damit besitze, wenn sie lediglich noch in Plänen enthalten sei. Wenn die Strecke irgendwann einmal wieder für den Personenverkehr reaktiviert werden könnte erscheine eine Interimslösung sinnvoll. Allerdings sollte sich der Kreis dabei nicht durch den Erwerb der Trasse mit Kunstbauwerken und Grundstücken die Probleme Anderer mit immensem Kostenrisiko (Verkehrssicherungspflicht) einkaufen, sondern lediglich die Nutzungsrechte daran.

